

Dieses Manuskript schickte ich am 29. Juli 2019 der FAZ-Redaktion in Reaktion auf den dritten Artikel von Detlef Pollack in der FAZ am 29.7.2019. Am 31. Juli teilte mir die Redaktion mit, sie würden das Manuskript nicht veröffentlichen.

Ilko-Sascha Kowalczyk

Die Initiatoren und Multiplikatoren der Proteste Anfang Oktober 1989

Zu Beginn dieser Debatte über die ostdeutsche Revolution 1989 betonte Detlef Pollack, die Bürgerrechtsbewegung hätte keinen Anteil an der ostdeutschen Revolution 1989 gehabt. Es wäre eine „Mär“, so etwas zu verbreiten. Sein Befund lautete: Das System war marode, die Wirtschaft am Ende, die politischen Eliten handlungsunfähig und vor allem Gorbatschow in Moskau nicht mehr Willens, den Status quo aufrechtzuerhalten. Das SED-Regime brach zusammen, befördert durch große Teile der Gesellschaft, die im Oktober 1989 aktiv wurden. Mehrere Debattenbeiträge widersprachen, und zwar nur, weil Pollack den Anteil der Bürgerrechtler auf ein historisch unzutreffendes Minimum zu reduzieren versuchte. Zuletzt räumte Pollack einen „begrenzten“ Anteil der Bürgerrechtsbewegung ein.

Für Außenstehende mag der Streit kurios anmuten, da doch niemand Pollack in der Auffassung widerspricht, für die Revolution habe es 1989 ein Ursachenbündel gegeben. Das hat die Forschung in vielen Untersuchungen sehr genau herausgearbeitet, Analysen, die nicht von Detlef Pollack stammen. Er betont in seinen Beiträgen hingegen immer wieder Erhebungen, die er „seit 1988“ (!) mit seinen Studierenden durchgeführt habe. Und er zitiert immer wieder Oppositionelle wie S. Pflugbeil, R. Schult oder zuletzt E. Richter, die seine Interpretation zu stützen scheinen. Wissenschaftliche Redlichkeit verlangte freilich auch die Gegenindizien heranzuziehen und zu erwähnen.

Zunächst: Niemand hat behauptet, dass die Bürgerrechtsbewegung allein die Revolution gemacht hat oder auch nur hätte machen können. Es geht hier allein um die Frage, wer welchen Anteil hatte. Einem Missverständnis unterliegt Pollack in seiner Konstruktion „der Opposition“, als habe es sich um eine homogene, politisch einheitliche Gruppe gehandelt. Nicht nur die Unterschiede zwischen den verschiedenen Regionen waren immens, auch innerhalb der Regionen und Städte bestanden erhebliche Differenzen. Das wurde zum Beispiel öffentlich 1987/88 sichtbar, als die SED und ihr MfS die Berliner Umweltbibliothek und die kirchenunabhängige „Initiative Frieden und Menschenrechte“ aktiv zu zersetzen suchten. Es ging u.a. dabei um die Frage, wie man politisch mit Ausreisewilligen umgehen sollte. In der Folge kam es zu heftigen Debatten und verschiedenen Strategien. Der SED-Staat schien gesiegt zu haben, als er einige prominente Köpfe der Opposition wie Bärbel Bohley, Ralf Hirsch oder Wolfgang Templin Anfang Februar 1988 außer Landes verfrachtete. Bohley konnte nach einem halben Jahr zurückkehren. Sie kam mit einem Plan zurück, der mittlerweile unabhängig von ihr auch anderswo so ähnlich verfolgt wurde: die Opposition neu aufzustellen und stärker mit dem kritischen Teil der Gesellschaft zu verbinden. Die Gründung

des „Neuen Forums“ am 9./10. September 1989 entsprach diesen Überlegungen: raus aus den Kirchen und der Gesellschaft ein Angebot unterbreiten, das möglichst so breit formuliert ist, dass es auch kritisch eingestellte SED-Mitglieder zum Beispiel erreicht. Der Plan ging auf. Binnen weniger Tage und Wochen schlossen sich zehntausende dem „Neuen Forum“ an. So etwas nennt man Mobilisierung, ohne die Revolutionen nicht auskommen. Das ist zum Beispiel ablesbar am Anstieg der Teilnehmerzahlen nach Herausgabe des Gründungsaufrufs zum „Neuen Forum“ und den seither vernehmbaren Rufen „Neues Forum zulassen!“. Noch im September konnte niemand die unglaubliche Dynamisierung des historischen Prozesses absehen. Wenn Pollack meint, die zeitlichen Fehlkalkulationen vieler Oppositionskräfte seien untrügliche Zeichen dafür, dass sie keinen Einfluss gehabt hätten und von der Bewegung überrannt worden wären, so sei daran erinnert, dass solche Fehleinschätzungen in revolutionären Zeiten zur Normalität zählen. Bundeskanzler Kohl ging noch Anfang Februar 1990 davon aus, dass die deutsche Einheit sehr schnell käme, wahrscheinlich bereits 1995. Und Ministerpräsident Lothar de Maiziere sagte in seiner Antrittsrede im April 1990, er träume davon, dass zu den nächsten Olympischen Spielen eine gesamtdeutsche Mannschaft (wie 1956 bis 1964) fahre. Würde man deshalb diese beiden verdienstvollen Männer als Bremser der deutschen Einheit bezeichnen? Oder ihnen gar Einfluss absprechen?

Natürlich gab es vor allem ältere Personen in der Opposition, die eher skeptisch auf die Demonstrationen im September und Anfang Oktober schauten. Dazu mag der Intellektuelle Edelbert Richter gehört haben, wie Pollack meint. Aber wer hat je behauptet, dass der Oppositionelle Richter ein Vorkämpfer der Demonstrationen war? Ihm und seiner Generationen saßen die Panzer von 1953, 1956, 1961 oder 1968 in den Knochen. Den jüngeren Generationen nicht.

Ehe Leipzig nochmals betrachtet wird, seien zwei andere Beispiele herausgegriffen. Das erste wäre Plauen. Anders als oft behauptet, gab es in Plauen einen sehr beeindruckenden Aufruf zu der mächtigen Demonstration am 7. Oktober 1989 mit 10.000 bis 20.000 Teilnehmern. Dieser Aufruf „Demokratie – Jetzt oder nie!“ kam aus einem Milieu, in dem eine seit 1988 von der Stasi verfolgte junge Oppositionsgruppe, Ausreisewillige und die Evangelische Kirche (Superintendent Küttler) zusammenarbeiteten. Nur: es gab damals keine Wirkung dieser beeindruckenden Vorgänge am 7. Oktober 1989 über die Stadt hinaus, weil es keine öffentlichen Berichte, keine Fotos, keine Filmaufnahmen gab. Das war in Berlin und Leipzig ganz anders.

In Ost-Berlin kam es Abend des 7. Oktober 1989 ebenfalls zu einer Demonstration mit 6.000 bis 10.000 Teilnehmern. Wie war es dazu gekommen? Am 7. Mai 1989 hatte es die Kommunalwahlen in der DDR gegeben. Im gesamten Land hatten Oppositionsgruppen erstmals systematisch den Nachweis geführt und öffentlich gemacht, dass die „Wahlen“ gefälscht wurden. In Ost-Berlin war dabei u.a. eine Oppositionsgruppe aus Weißensee sehr engagiert, alles sehr junge Leute. Dieser Nachweis hat ganz erheblich zur Destabilisierung des

Systems beigetragen, bis ins SED-Milieu hinein. Aus Protest gegen die Wahlfälschung rief die Oppositionsgruppe dazu auf, an einem jedem 7. eines Monats auf dem Alexanderplatz zu protestieren. Der mit großem Pomp gefeierte 40. Jahrestag der DDR-Gründung machte aus diesen bis dahin überschaubaren Protesten eine Massenveranstaltung. Denn als am 7. Oktober 1989 die wenigen, vielleicht 50 bis 100 Oppositionelle von einer Übermacht von Stasi und Polizei an der Weltzeituhr bedrängt wurden, solidarisierten sich erst Dutzende, dann Hunderte, schließlich Tausende spontan mit den Bürgerrechtlern. Sie zogen zum unweit gelegenen Palast der Republik, wo die SED-Führung ihren Republikgeburtstag feierte, wurden von dort von einem großen Polizeiaufgebot in den Prenzlauer Berg abgedrängt und marschierten zur Gethsemanekirche, in deren Umgebung es an diesem und nächstem Tag zu massiven Polizeiübergriffen und über 1200 Festnahmen kam. Auf dem Marsch zum Prenzlauer Berg skandierte die Menschen übrigens immer wieder: „Bürger lasst das Glotzen sein, kommt herunter und reiht euch ein!“. Die meisten blieben hinter der Gardine, verständlicherweise angesichts des massiven Polizeiaufgebots, wie es Ost-Berlin seit dem 17. Juni so nicht erlebt hatte.

Die Vorgänge wurde schnell bekannt, weil es viele Berichte gab, weil Fotos und Filmaufnahmen via Westmedien publik wurden. Und Leipzig?

Katrin Hattenhauer hat hier eindrücklich beschrieben, wie die von Pollack verachtete Opposition der Motor für die Demonstrationen ab Montag, dem 4. September 1989 war. Das muss nicht wiederholt werden, aber sehr wohl um einen Moment ergänzt werden, der auch zur Oppositionsgeschichte gehört: Die Herstellung von Öffentlichkeit. Wie gelang es denn überhaupt, die Demonstration am 9. Oktober 1989 weltbekannt zu machen? Das war den Ostberliner Oppositionellen Aram Radomski und Siegbert Schefke, letzterer einer der Köpfe der Berliner Umweltbibliothek, zu verdanken. Schon zuvor hatten sie mit aus dem Westen eingeschmuggelten Videokameras spektakuläre Filmaufnahmen in der DDR gefertigt, die in ARD-Sendungen wie „kontraste“ ausgestrahlt worden waren und erheblich zur Systemdestabilisierung beitrugen, Menschen motivierten, sich in die Protestzüge einzureihen. Ihr größter Coup gelang ihnen am 9. Oktober 1989. Sie schüttelten ihre Stasi-Bewacher ab, fuhren nach Leipzig und filmten schließlich unter größtem Risiko die Massendemonstration der etwa 70.000. Ein befreundeter Westkorrespondent schmuggelte die Aufnahmen nach West-Berlin und von hier aus begannen sie ihren ikonischen Siegeszug um die Welt. Ohne diese Filmaufnahme von Oppositionellen und ohne die Initiative Leipziger Oppositioneller für die Montagsdemonstrationen wären die Revolutionsgeschichte anders verlaufen. Erst die Filmaufnahmen machten die Massendemonstration zu einem unumkehrbaren, nicht mehr zu leugnendes und vor allem vielen andere Menschen motivierendes Ereignis
Niemand könnte behaupten, ohne die in die Welt getragenen Demonstrationen in Leipzig oder Ost-Berlin würde die DDR noch existieren. Und es stimmt, es gab Demonstrationen wie in Dresden am 4. Oktober 1989, die einen anderen Ursprung als oppositionelle Aktivitäten hatten. Es gab aber zugleich Anfang Oktober, gerade am 7., noch viele weitere

Demonstrationen in anderen Städten, die ohne das oppositionelle Wirken in den Tagen, Wochen und Monaten zuvor historisch nicht zu erklären wären.

Die Revolution in der DDR hätte vielleicht tatsächlich auch ohne die Opposition stattfinden können. Wer weiß das schon? Was wir wissen, ist nicht nur, dass sie entscheidenden Anteil hatte. Wir wissen auch, dass der Kommunismus nirgendwo einfach so verschwand, nicht einmal in Rumänien oder Bulgarien. Vor allem in Polen, Ungarn, der CSSR und dem Baltikum war die organisierte Opposition entscheidend – und wird seither auch in diesen Ländern in ihrer historischen Bedeutung geschmäht, wie nun auch in Deutschland. Es gibt noch zwei weitere Beispiele, die zeigen, dass es alles nicht so einfach ist: Kuba ist ähnlich abgewirtschaftet wie die DDR, aber die Diktatur verschwindet nicht. Und Nordkorea ist ein noch drastischeres Beispiel. Dort wiederum ist der Staat noch so stark, dass zur Zeit kein Systemsturz in Sicht ist. Sollte der Staat dort aber wanken, so lehrt es die Geschichte, wird die Revolution auch in Nordkorea ohne den ansteckenden Mut Weniger, wie in der DDR, nicht möglich sein, um die Vielen zum Aufstand zu motivieren.